

Antrag

der Fraktion der SPD

Europäische Verteidigungsinitiative zur Abwehr ballistischer Raketen

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich nicht an der Entwicklung eines europäischen Abwehrsystems gegen ballistische Raketen (EVI) als Ergänzung zum amerikanischen SDI-Programm zu beteiligen.

Der Deutsche Bundestag kann keinem System zustimmen, das als politische und militärische Unterstützung von Projekten zur strategischen Verteidigung verstanden werden muß. Die Verwirklichung von EVI würde zu einem Rüstungswettlauf zwischen Offensiv- und Deffensivwaffen im Bereich eurostrategischer und taktischer ballistischer Raketen führen.

2. Nach Auffassung des Deutschen Bundestages kann das Problem der Bedrohung durch Offensivraketen nicht technisch gelöst werden. Dies gilt für SDI wie für eine europäische Variante von SDI. Der Aufbau entsprechender Systeme durch die eine Seite würde Rüstungsmaßnahmen der anderen Seite nach sich ziehen, mit dem Ziel, diese Maßnahmen zu unterlaufen sowie durch eine Erhöhung der Zahl von Offensivraketen auszugleichen. Die durch die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Europa entstandenen sicherheitspolitischen Probleme lassen sich nicht einfach „wegrüsten“. Ein flächendeckender Schutz Westeuropas gegen ballistische Raketen ist nicht möglich. Erforderlich ist vielmehr der Wille, durch Verhandlungen zu konkreten Vereinbarungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle zu gelangen.
3. Eine Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen von SDI würde die Westeuropäer in die Verantwortung für ein politisch und militärisch fragwürdiges Gesamtprogramm einbinden. Die Europäer würden mitverantwortlich für eine Politik, den ABM-Vertrag und andere internationale Vereinbarungen extensiv auszulegen und letztlich auszuhöhlen.
4. Im Bereich von Technologieforschung und Industrie würde eine Konzentration auf die Entwicklung eines SDI-artigen

Systems die für zivile Projekte erforderliche wissenschaftliche Infrastruktur überlasten und Finanzmittel in volkswirtschaftlich unvertretbarer Weise binden.

5. Der Deutsche Bundestag unterstützt hingegen wie in der Vergangenheit Maßnahmen zur Verbesserung der konventionellen Luftabwehr. Eine wirksame Luftabwehr gehört seit langem zu den Prioritäten der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit innerhalb des westlichen Bündnisses zu prüfen, in welcher Weise neue konventionelle Technologien für eine angemessene nichtnukleare Luftabwehr einschließlich der Bekämpfung von Marschflugkörpern und modernen Distanzwaffen genutzt werden können.

Bonn, den 4. Dezember 1985

Dr. Vogel und Fraktion